„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language
Issued every Wednesday
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries 3.50
Offices and printing house
1835 Halifax Street

19. Jahrgang | 16 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 16. Juni 1926 | 16 Seiten | Nummer 32

Drei Millionen für Hudsons Bay-Bahn

Für Reparaturen der Bahnstrecke bestimmt

Meinungsverschiedenheiten unter konservativen Abgeordneten des canadischen Unterhauses.

Ottawa. — Nach mehrstündiger Aussprache genehmigte das Unterhaus $3,000,000 für die Hudsons Bay-Bahn ohne jede Abstimmung. Der Zweck der Bewilligung ist es, 332 Meilen der Bahn von The Pas nach Kettle Rapids auszubessern und in betriebsfähigen Zustand zu versetzen.

Die meisten Reden kamen von konservativer Seite, wo man sich über die Brauchbarkeit der Bahnlinie nicht klar und einig ist. Besonders betont wurde die Forderung, bevor man sich auf Port Nelson als dem zukünftigen Getreidehafen der Hudsons Bayhafen festlege, sollten erst praktische Versuche für die Getreidebeförderung über die Bay angestellt werden. Der konservative Hon. Dr. Manion ging sogar soweit, daß er den Vorschlag machte, ein Schiff der Handelsmarine der canadischen Regierung solle zu diesem Zwecke drei Jahre lang zwischen Halifax und Port Nelson verkehren, um einen genauen Bericht über die nautischen Verhältnisse der „Straits" und der Bay zu erstatten.

C. H. Cahan, der konservative Abgeordnete für St. Lawrence-St. George, meinte, wenn das Interesse des mittleren Westens die Hudsons Bay-Bahn verlange, so würde der Hafen von Montreal wohl kaum ernsthaft dadurch geschädigt werden. Ja, man würde es in Montreal sogar begrüßen, wenn es gelänge, den Schiffahrtsweg über die Bay erfolgreich in Betrieb zu nehmen. Die Meinung im Osten gehe dahin, das Land solle sich nicht auf große Kapitalanlagen einlassen, bis das Projekt sich als brauchbar und gewinnbringend erwiesen habe. Er wies hin auf einen Bericht vom September 1917, den W. McLaughlin, der damalige Ingenieur des Ministeriums für Eisenbahnen und Kanäle mit dem Sitze in Port Nelson, erstattet hat. McLaughlin habe bewiesen, daß die Schiffahrt in Port Nelson nicht vor dem 20. August möglich sei, und daß die Schiffe gegen Ende Oktober bereits wieder mit gefährlichem Eis zu rechnen haben. Die längste Schiffahrtsperiode, mit der man rechnen könne, erstrecke sich auf 2 bis 2½ Monate. Cahan vertrat nach Studium allen vorhandenen Materials die Auffassung, kein Geschäftsmann könne erwarten, daß über Port Nelson Getreide erfolgreich transportiert werden könne. Oder wolle, so fragte der Redner, die Regierung besondere Schiffe bauen oder anderen Subsidien gewähren? Das Haus solle darüber informiert werden, wie hoch die Kosten für Schiffe, Leuchttürme, Radiostation und alle anderen Erfordernisse für den Schiffsverkehr durch die Bay und die „Straits", zu stehen kämen. Manche Leute machten die Einwendung, die Hudsons Bay Company habe auch den Weg über die Hudsons Straits gewählt. Aber diese Gesellschaft habe hauptsächlich Segelschiffe verwendet, für welche die Zeit überhaupt keine Rolle spielte. Ein Ausschuß von Geschäftsleuten würde nach Cahans Meinung nicht einmal $50,000 für die Pläne riskieren, welche die Regierung dem Hause vorgelegt habe.

Man bemerke, so fuhr der Redner fort, daß der Bau der Hudsons Bay-Bahn die Mineallager im nördlichen Manitoba erschließen werde. Er zweifle nicht daran, daß in jener Gegend noch Bodenschätze zu heben seien. Seine Information gehe dahin, daß alle diese Mineralien südlich von Meile 214 anzutreffen seien. Wenn man die Bahn bis dorthin in guten Zustand setze, würde das für diese Zwecke genügen.

Eisenbahnminister Dunning bezeichnete McLaughlin als einen sehr tüchtigen Ingenieur, aber er könne nicht in jeder Beziehung als Fachmann angesehen werden. Er habe in seinem Bericht von 1917 jene Gefahrtsphäre weit überschritten und sich mit Dingen befaßt, in denen ihm kaum ein Urteil zustehe. Cahan habe es versäumt, Berichte des Volkswirtschaftlers R. A. C. Henry über das Projekt zu zitieren. Dieser stehe jetzt im Dienste der canadischen nationalen Eisenbahnen.

Der konservative H. M. Hannession von Selkirk meinte, die Entwicklung verweise Canada nach dem Norden; daher müsse auch die Vollendung der Hudsons Bay-Bahn als die Erfüllung eines Traumes des canadischen Volkes betrachtet werden.

Der Progressive T. W. Bird von Nelson, Man., sagte, die ganze Sache konzentriere sich auf die Frage, ob die Hudsons Straits schiffbar seien oder nicht. Die letzte Expedition vor 15 Jahren habe die Straits für vier Monate des Jahres als schiffbar bezeichnet. Er behauptete ferner, die Verhältnisse in Port Nelson seien nicht so ungünstig wie in verschiedenen Häfen Nordeuropas.

* * *

In der nämlichen Sitzung wurden zwei Bewilligungen für den Welland-Kanal angenommen, nämlich $14,000,000 für den Bau und $145,250 für weitere Anzahlung an die Kontraktoren.

* * *

Die noch verbleibenden Geldmittel.

Eisenbahnminister Dunning gab in einer Rede, die er vor der letzten Sitzung hielt, die Kosten für Vollendung der Hudsons Bay-Bahn bis Port Nelson einschließlich der Errichtung der Hafenwerke und eines Elevators in Port Nelson auf insgesamt $8,353,000 an, wovon auf die Fertigstellung der Eisenbahn $6,153,000 und auf den Hafen $2,200,000 treffen würden. Die Hafenwerke sollen zehn 7000-Tonnen-Schiffe zu gleicher Zeit fassen können.

* * *

Verwerfung der Altersversicherung.

Ottawa. — Der Senat hat mit 46 gegen 21 Stimmen das Gesetz zur Gewährung für Altersversicherung verworfen. Nur Senator Robertson, der frühere Arbeitsminister, unterstützte als einziger Konservativer die Vorlage.

Amerikanische Ernteschätzung

Washington, 12. Juni. — Das Landwirtschaftsdepartement erwartet nach dem Stande des Weizens am 1. Juni eine Winterweizenernte von 543 Millionen Bushel. Der Stand des Winterweizens war an dem genannten Tage 76.5 Prozent und der des Frühjahrsweizens 78.5 Prozent normal. In beiden Fällen war der Stand ungünstiger als am 1. Juni vorigen Jahres, und zwar hinsichtlich des Winterweizens um 13.4 Prozent und bezüglich des Frühjahrsweizens um 8.6 Prozent.

Die mutmaßliche Ernte des Frühjahrsweizens hat das Ackerbaudepartement in dem Bericht nicht abgeschätzt. Vor einem Monat war die Winterweizenernte auf 548,908,000 Bushel geschätzt worden. Im vorigen Jahre belief sich die Ernte auf 398,886,000 Bushel.

Opposition gegen Briand

Paris, 11. Juni. — Der politische Himmel wird wieder bewölkt. Der Beistimmung eines Ministeriums aller Talente, Herrn Franklin Bouillon, sucht Premier Briand noch immer zu seinem Standpunkt zu bekehren, der sich einer Genehmigung des amerikanischen Schuldenabkommens widersetzt. Er will eine Debatte über die Frage entfesseln, indem er die Regierung demnächst über ihre allgemeine Politik interpelliert.

Auf der anderen Seite sind viele Abgeordnete über die Verweigerung einer Gehaltserhöhung für Deputierte wütend. Sie lagen die Verwerfung der Regierung zur Last. Auch Andere, darunter von der Kommission für auswärtige Angelegenheiten kritisiert die Regierung. Er beginnt eine Gruppe zu bilden und führt einen kräftigen Feldzug im Journal.

Der neue Generalgouverneur von Canada

Ottawa. — Premier Mackenzie King teilte im Unterhaus mit, daß er die offizielle Nachricht von der Ernennung des Lord Willingdon zum Generalgouverneur von Canada erhalten habe. Sein voller Name ist Lord Willingdon von Rutton. (Der „Courier" hat bereits vor längerer Zeit das Bild dieses Mannes gebracht.) Er ist 60 Jahre alt und hatte früher den bürgerlichen Namen Freeman Thomas. Er war in seinen jüngeren Jahren Parlamentsabgeordneter und soll auch in der diplomatischen Laufbahn manches geleistet haben. Ferner soll er heute ein freundlicher alter Herr, ein „gentleman", sein, das höchste Lob, das unsere englischen Mitbürger einem aus ihrer Mitte zuwenden können. Als Nachfolger des Baron Byng auf dem Gouverneurssessel wird er wie dieser seine Tätigkeit ziemlich eng begrenzt finden, indem er als Repräsentant des Königs seine alten Tage in Ruhe verleben kann, ohne in den Gang der großen und kleinen Politik steuernd eingreifen zu müssen.

Wahlstimmen aus Alberta

Frau von Vereinigten Farmern als Kandidatin aufgestellt. Premier Brownlee über seine Politik.

Edmonton, 9. Juni. — John Campbell Bowen, der Führer der liberalen Partei in der Legislatur, während der letzten Session, ist einer von den liberalen Kandidaten für Edmonton bei der kommenden Provinzialwahl.

Lacombe, Alta. — Die Delegatin der Vereinigten Farmer konnte, die hier gehalten wurde, ernannten Frau Irene Pearlby als Kandidatin für diesen Wahlkreis. Sie hielt eine mehr als einstündige Rede, in der sie über ihre Tätigkeit in der Legislatur berichtete und alle Anklagungen der Farmer Regierung stark verteidigte.

Vermilion. — In einer Rede, die Premier Brownlee in Mannville hielt, bemerkte er, die Balancierung des Budgets lasse sich mit einer fortschrittlichen Politik in einer so jungen Provinz nicht vereinbaren. Die Regierung stütze sich bei ihrem Appell an das Volk auf das, was sie geleistet habe, während die beiden anderen politischen Gedankenrichtungen auf ihre überlegene Führerschaft hinwiesen. An der Verwaltungsmethode der Regierung werde keine Kritik geübt. Der Premier sprach ausführlich über die Art und Weise, wie es der Regierung gelungen sei, die finanziellen Schwierigkeiten zu lösen, die sie von ihren Vorgängern ererbt hat. Auch der Frage der Naturwege ging er auf den Grund und wies den Vorwurf des konservativen Führers McGillivray zurück, der Brownlee die Schuld zuschieben wollte, daß in Verbindung damit auch die Streitfrage der Separatschulen aufgerollt werden sei.

Starke Stürme in Alberta

Edmonton, 9. Juni. — Sturmähnliche Stürme brausten mit einer Schnelligkeit von 50 Meilen in der Stunde über die Provinz hinweg und richteten namentlich in den Distrikten zwischen Wetaskiwin und Red Deer großen Schaden an Telegraphen- und Telephonpfählen an. Das Telephonsystem der Albertaregierung wurde am schlimmsten getroffen. Auf einer Strecke von 10 Meilen wurden die Telephonstangen niedergerissen. Gleichzeitig kamen aus vielen Distrikten Nachrichten von schweren Regengüssen, namentlich aus dem nördlichen und mittleren Teile der Provinz. In Wetaskiwin und an einigen Stellen nördlich des Peace River fiel Schnee.

Rasende Faschisten überfallen Versammlung

Genf, 12. Juni. — Vierzig Faschisten, darunter zwei italienische Mitglieder des Sekretariats des Völkerbundes, überfielen eine Versammlung zur Erinnerung an den Jahrestag des Todes des italienischen sozialistischen Abgeordneten Matteoti. Die Angreifer gingen mit Stühlen vor. Revolverschüsse antworteten. In dem Saal brach großer Wirrwarr aus. Frauen wurden zu Boden getrampelt. Als 40 Gendarmen eingriffen, wurden die Faschisten überwältigt. Sie flohen mit ihren Verwundeten in Automobilen.

Nach Schätzung der Polizei sind 50 Personen verletzt. Der Tumult brach auf ein Signal aus, als ein Redner die Herrschaft von Mussolini angriff, welcher die Gegner die Ermordung von Matteotti zur Last legen. Die italienischen Mitglieder des Sekretariats namens Olivetti und Pietravacchi werden von der Polizei wegen ihrer diplomatischen Unverletzbarkeit nicht festgehalten. Sie müssen jedoch als Zeugen bei einer Untersuchung erscheinen.

Deutsch-österreichische Verbrüderung in Köln

Köln, 12. Juni. — Die im vergangenen Jahre durch die Beteiligung der Wiener staatlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Kreise an der Rheinischen Jahrtausendfeier und der Jahrtausendausstellung in Köln angeknüpften Beziehungen zwischen Rhein und Donau haben in diesem Jahre zur Veranstaltung einer „österreichischen Woche" geführt, die das Verständnis für das Denken und Fühlen der südostdeutschen Stammesbrüder wecken und vertiefen, Kenntnis von dem hohen Stand geistig kulturellen Lebens vermitteln und die freundschaftlichen Bande in brüderlicher Gesinnung verstärken soll. Eine Anzahl bedeutender deutsch-österreichischer Männer aus Wissenschaft und Kunst hat dem Ruf der Stadt Köln freundlich Folge geleistet; das weltbekannte Ensemble des Wiener Burgtheaters hat die Gelegenheit ergriffen, dem Kölner und rheinischen Publikum mit seinen hohen Leistungen aufzuwarten.

Kreuzer Goeben, Flaggschiff der türkischen Flotte

Konstantinopel, 12. Juni. — Der berühmte, frühere deutsche Kreuzer „Goeben", der soviel Unheil unter den Schiffen der Alliierten anrichtete, ist von der Türkei zum Flaggschiff der neuen türkischen Flotte gemacht worden. Der Umbau des Kreuzers wurde unter Leitung von deutschen Marineingenieuren vorgenommen. Die Türken sehen ein, daß sich der Kreuzer nicht mit den modernen Schlachtkreuzern messen kann; halten sie jedoch für genügend zum Patrouillendienst im Schwarzen Meer und Marmara-See. Gleichzeitig mit dem Umbau der „Goeben" haben deutsche Ingenieure mit dem Bau eines großen Trockendocks am Golf von Ismid begonnen, welches auch als Flottenbasis für die türkische Flotte dienen soll.

Britischer Protest an Moskaus Adresse

Sowjetregierung soll Geld zum englischen Generalstreik geliefert haben

Einmischung in innere Angelegenheiten zurückgewiesen.

London, 11. Juni. — Die britische Regierung richtete eine scharfe Note nach Moskau, welche gegen die Versuche der Sowjets protestiert, während des Generalstreiks Geld nach Großbritannien zu senden. Das Schriftstück spricht die Ansicht aus, daß mit diesem Geld eine Bewegung in Gang gebracht werden sollte, um eine Aenderung der Regierung in Großbritannien herbeizuführen.

Nach der Note besitzt die britische Regierung jetzt sichere Beweise, daß ein Teil des Geldes, welches dem Gewerkschafts-Kongreß von Moskau aus angeboten wurde, von der Sowjet-Regierung selbst kam. Diese Handlungsweise wird als eine unberechtigte Einmengung in die inneren Angelegenheiten des Landes und als eine Verletzung des englisch-russischen Handelsabkommens angesehen.

Das Kabinett erwägt eine zweite Note über das Geld, welches die Sowjets an den britischen Verband der Bergleute schicken. Die Note geht wahrscheinlich in Bälde nach Moskau ab. Auch in diesem Falle macht die britische Regierung geltend, daß ein Teil des Geldes von der Sowjet-Regierung beigesteuert ist und nicht, wie behauptet wird, von den russischen Bergleuten.

Amerikanisches Quotagesetz auch für Canada?

James J. Davis, Sekretär des Arbeitsamtes, fordert allgemeine Anwendung

Die Hintertüre soll eben falls geschlossen werden.

Canton, Ohio. — James J. Davis, der Sekretär des Arbeitsamtes der Ver. Staaten, sprach auf der Konvention der nationalen Gewerkschaft der „Operative Potters" dahier und kam dabei auf die amerikanischen Einwanderungsbestimmungen, welche den einen Fehler hätten, daß sie die Quotabeschränkungen nicht auch auf die geborenen Canadier, Mexikaner und die Einwanderer aus Mittel- und Südamerika anwende. Dadurch werde die Hintertüre offen gelassen, während man die Vordertüre zugemacht habe. Die Frucht dieser verfehlten Politik sei heute deutlich sichtbar. Umgehungen und Verletzungen des Gesetzes kämen häufig vor. Der fremde Schmuggler wie der Bootlegger hätten sich eingefunden. Sie schmuggelten nicht nur Fremde ein, die gar kein gesetzliches Recht zum Hierlein hätten, sondern [illegible] auch mit dem Schmuggel von Alkohol und Narkotika beschäftigt. Der einzige Ausweg aus dieser Lage sei auf alle Länder die amerikanische Einwanderungspolitik auszudehnen, auch auf jene, welche bis jetzt davon ausgenommen seien. Man müsse es dem Fremden verwehren, die Hintertüre zu benutzen, durch welche er bisher hereingeschlüpft sei.

Führender Georgier in Paris erschossen

Paris, 12. Juni. — Ein politischer Führer von Georgia, Beshapeli, der Herausgeber der „Zeitschrift Das neue Georgia", wurde in Paris ermordet. Als er das Gerichtsgebäude verließ, wurde er von einem seiner Landsleute angegriffen und angeschossen. Er starb bald darauf in einem Hospital.

Sein Angreifer, namens Arshandil, wurde verhaftet. Er erklärte, daß er Beshapeli seit einem Jahre in Deutschland gesucht und dann erfahren habe, daß er sich in Paris aufhalte. „Ich betrachte Beshapeli als den Mörder meiner ganzen Familie und als einen Abtrünnigen," sagte Arshandil. „Obgleich er in Georgia als ein nationalistischer Abgeordneter erwählt wurde, schwenkte er nach der Revolution um und beteiligte sich an der Unterdrückung der Nationalisten."

Beshapeli war früher nationalistischer Abgeordneter in Georgia, der in Rußland gegründeten sozialistischen Sowjet-Republik. Später soll er sich von der Sache der Nationalisten abgewendet haben. Er wohnte dem Vorgehen oder einem Kampf zwischen Pro-Sowjet-Georgianern und Nationalisten der Republik bei, der im letzten Sommer im lateinischen Viertel von Paris zum Austrag gebracht worden war.

Deutsch-französische Verhandlungen

Paris, 12. Juni. — Die französisch-deutschen Abordnungen, die hier über einen Handelsvertrag beraten haben, halten es nicht mehr für möglich, ihre Aufgabe noch rechtzeitig zu vollbringen, um der gegenwärtigen Reichstagssession eine Vereinbarung Vorteile erlangt hätten. Eine Unterbrechung der Verhandlungen auf mehrere Monate wird daher eintreten, nachdem ein weiterer Modus vivendi zur Ueberbrückung der Zeit bis zum Herbst zustande gekommen ist.

Die Deutschen beharren auf einem neuen Modus vivendi, weil nach ihrer Ansicht die Franzosen unter der ersten zeitweiligen Abmachung größere Vorteile erlangt hätten. Eine beträchtlich größere Zahl von Ausfuhrartikeln soll in der neuen Abmachung herangezogen werden, um den Deutschen eine Vermehrung ihrer Ausfuhr entsprechend dem Umfang des französischen Exports nach Deutschland zu ermöglichen.

Rom, 12. Juni. — Italien ist bereit und willens, mit Deutschland ein wirtschaftliches Uebereinkommen, ähnlich dem zwischen Frankreich und Deutschland, abzuschließen. Die Angelegenheit wird allein auf Grundlage der zu gewinnenden wirtschaftlichen Vorteile ohne Berücksichtigung politischer Ansichte geprüft.

Brasilien verläßt Völkerbund

Austrittsgesuch an Generalsekretär der Liga eingereicht

Entscheidung bis zur Vollversammlung verschoben.

Genf, 12. Juni. — Ein Sir Eric Drummond, dem Generalsekretär des Völkerbundes, vom Präsidenten von Brasilien übermitteltes Telegramm enthält die Rücktrittserklärung jenes Landes als nichtständiges Mitglied des Ligarates.

Das Telegramm besagt weiter, daß Brasilien bei späterer Gelegenheit seine Entscheidung bezüglich des möglichen Austritts aus dem Völkerbunde bekannt geben werde.

Der Inhalt des Telegramms wurde nicht veröffentlicht. Signor Scialoja von Italien und Paul Boncourt von Frankreich sagten, daß es eine sofortige Resignation des Landes aus dem Ligarate enthalte, welche jedoch nur von der Vollversammlung allein angenommen werden könne.

Eine der „Havas-Agentur" aus Genf übermittelte Nachricht besagt, daß der Ligarat sich geweigert habe, den Rücktritt Brasiliens als ein nichtständiges Mitglied der Körperschaft anzunehmen. Das Rücktrittsgesuch müsse der Vollversammlung des Völkerbundes eingereicht werden, ist die Ansicht des Rates.

Inzwischen hat Brasilien die Oeffentlichkeit durch seinen vollständigen Austritt aus der Liga überrascht.

Eine Rede, welche von Beamten des Völkerbundes als dahinzielende Ankündigung ausgelegt wird, daß Spanien der September-Sitzung der Liga nicht beiwohnen wird, es sei denn, es erhält einen ständigen Sitz im Rate, wurde von Senor Quinzayo im Völkerbundsrat gehalten. Der spanische Sprecher erklärte:

„Ich habe die Ehre, den Rat davon in Kenntnis zu setzen, daß die Regierung Sr. Majestät ungeachtet des bei jeder Gelegenheit zum Ausdrucke gebrachten Wünschs, sich den Ideen, welche den allgemeinen Bestrebungen des Völkerbundes entsprechen, anzuschließen, bislang es nicht für möglich gehalten hat, den Zusatz zu Artikel 4 des Vertrages zu ratifizieren.

„Sie wünschte so ihre Möglichkeit, dem Rate anzugehören, auf dem Wege ununterbrochener Wiederwahlen aufrecht zu erhalten bis zum Eintritt des Zeitpunktes für die Ernennung Spaniens als ständiges Mitglied des Rates. Die spanische Regierung hat nicht unterlassen, mit eindringlichster Bestimmtheit Erklärungen zu diesem Zwecke bei allen gebotenen Gelegenheiten abzugeben.

„Da die gegenwärtige Sachlage die Teilnahme Spaniens an einer Wahl verhindert, und da die Gründe, welche Spanien an der Ratifizierung des Zusatzes zum Vertrage hinderten, verschwunden sind, hat die spanische Regierung sich nunmehr entschlossen, zur Ratifizierung des Zusatzes zu Artikel 4 zu schreiten."

Zunehmende Arbeitslosigkeit in England

London, 12. Juni. — Die neuesten offiziellen Feststellungen über die Arbeitslosigkeit in Großbritannien zeigen eine ernstliche Zunahme in der Zahl der Personen, welche sich während des Monats Mai außer Arbeit befanden. Abgesehen von den streikenden Kohlenarbeitern war die Zahl der Arbeitslosen am 3. Mai 1,105,916; doch war diese Zahl bis zum 31. Mai auf 1,614,200 gestiegen.

Eine nichtoffizielle Abschätzung der Gesamtzahl der Arbeitslosen, einschließlich der Minenarbeiter, stellte dieselbe heute mit 2,720,000 fest.

Untersuchung der deutschen Wirtschaftslage

Großer Nettogewinn der Reichsbahn

Schwierigkeiten in den deutsch-russischen Handelsbeziehungen.

Berlin, 12. Juni. — Clemens Lammers, Mitglied der Zentrumsfraktion des Reichstags, ist zum Vorsitzenden einer Wirtschaftskommission erwählt worden, welche beauftragt ist, Deutschlands Produktionsfähigkeit in allen Industriezweigen und die Möglichkeit für den Ueberschuß [illegible] heimischen und ausländischen Markt zu prüfen.

Lammers ist von Beruf Rechtsanwalt, steht aber mit industriellen Interessen in enger Beziehung. Er ist Mitglied des Direktorats des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Die Kommission, deren Vollmacht der Reichstag verbreitert hat, wird unverzüglich die Ermittlungen aufnehmen. Sie ist befugt, Zeugen vorzuladen und eidliche Aussagen anzuordnen. Nach eigenem Ermessen kann sie entscheiden, ob die Sitzungen öffentlich oder geheim stattfinden sollen.

Die Kommission besteht aus 28 Mitgliedern, 9 von diesen sind Mitglieder des Reichstags, die anderen sind aus industriellen, landwirtschaftlichen, finanziellen und akademischen Kreisen herangezogen.

Der Rechenschaftsbericht der deutschen Reichseisenbahnen für das Fiskaljahr 1924—25 ergibt 5,685,000,000 Mark Gesamteinnahmen, 4,800,000,000 Mark Ausgaben und nach Abschreibung von 988,000,000 Mark für Reparaturen, Verbesserungen und Ausdehnung der Linien, einen Nettogewinn von 156,000,000 Mark, die 7prozentige Dividende auf Vorzugsaktien der Reichsbahn wird bezahlt und eine Summe von 153,000,000 Mark wird für das nächste Jahr gebucht werden.

Der Bericht bezeichnet als Hauptziel der Reichseisenbahn-Verwaltung die Abwehr aller Gefahren, die der deutschen Beschaffenheit des Reichsbahnnetzes drohen, und Erfüllung aller der Eisenbahnverwaltung gesetzlich auferlegten Zahlungsverpflichtungen."

Sowjet kündigt Teil seiner Bestellungen in Deutschland.

Moskau, 12. Juni. — Alexis Rykow, Vorsitzender des Rates der Volkskommissäre, hat dem Sowjet-Handelskommissariat Weisung erteilt, einen Teil der Lieferungen, die bereits bei deutschen Firmen bestellt waren, abzusagen und an andere Länder zu übertragen.

Der wahre Grund der unbefriedigenden russisch-deutschen Handelslage liegt in der Tatsache, daß die Russen von deutschen Banken bessere Bedingungen verlangten, als die für Kreditgewährung an einheimische Landwirte und Industrielle. Die Anforderungen der Russen würden, wie von deutschen Beamten dargelegt wird, die Firmen, die sich im Handel mit Rußland betätigen, auf Kosten von Firmen, die keinen Anteil an jenem Handel haben, begünstigt haben. In Berlin herrscht die Ueberzeugung vor, daß es Rußland nicht gelingen dürfte, anderswo Waren unter günstigeren Bedingungen zu erhalten.

Aegypten will Völkerbund beitreten

Kairo, 12. Juni. — Aegypten wird sich um die Mitgliedschaft im Völkerbunde bewerben, wurde bei der Eröffnung des Parlaments von dem neuen liberalen Premier Adly Yegen Pascha erklärt.